

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
Band: 40 (1983)
Heft: 9

Artikel: Weniger Geld für den Gewässerschutz
Autor: Frangi, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-783523>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weniger Geld für den Gewässerschutz

Von unserem
Bundeshauskorrespondenten
Bruno Frangi

Die Schweiz darf sich rühmen, im letzten Jahrzehnt für den Schutz der Gewässer einiges getan zu haben. Allein der Bund hat für die Reinhaltung der Gewässer 20 Mrd. Franken ausgeworfen. Auch wenn unser Land im Vergleich zu anderen europäischen Staaten gut oder sogar sehr gut dasteht, ist längst noch nicht alles getan zum Schutz des Lebenselementes Wasser. Erst unlängst hat eine Studie im Rahmen der Nationalen Forschungsprogramme den direkten Zusammenhang zwischen dem Zustand der Gewässer und der Trinkwasserqualität belegt, denn weit über 80 % des Trinkwassers wird durch die oberirdischen Gewässer und durch ihre Versickerung angereichert. Oder vereinfacht: Was aus Hähnen und Röhren als Trinkwasser fliesst, stammt aus Quellen, die von Flüssen und Seen gespiesen werden. Der Boden spielt dabei die eminent wichtige Rolle des Filters.

Die bisherigen Gewässerschutzmassnahmen, die sich auf den Bau von Abwasserreinigungsanlagen konzentrierten, haben den Zustand der Flüsse qualitativ erheblich verbessert. Nach Meinung von Fachleuten ist hingegen der Zustand der meisten Mittellandseen und des Luganersees völlig unbefriedigend. Diese stehenden Gewässer leiden unter einem allzu starken Phosphateintrag, dieser führt zu einer Überdüngung und in den tieferen Seeschichten zu einem akuten Sauerstoffmangel. Mit verschiedenen Belüftungsversuchen wurden bereits interessante Ergebnisse erzielt. Diese Massnahmen können allerdings nicht als Lösung des Problems betrachtet werden, sondern haben eher den Charakter von «Feuerwehrlösungen». Das Problem muss deshalb bei den Wurzeln angepackt werden. Und das eidgenössische Departement des Innern, welches über das Bundesamt für Umweltschutz hier federführend ist, hat diesbezüglich seine Zielvorstellung präsentiert. Nach einer Übergangszeit von drei oder vier Jahren sollen in der Schweiz keine phosphathaltigen Waschmittel mehr zugelassen werden. Die Industrie hat gegen diese Absicht, nachdem in zwei Schritten der Phosphatge-

halt bereits auf dem Verordnungsweg reduziert worden ist, ohne dass seither Herr und Frau Schweizer in schmutzigen Lumpen herumgehen müssen, bereits ihren Protest angemeldet. Umstritten ist in der Fachwelt vor allem der von den Bundesbehörden vorgeschlagene Phosphatersatz, das Natriumsalz der Nitrilotriessigsäure (NTA). Es steht nun zu befürchten, dass der Expertenstreit eine aus der Sicht des Gewässerschutzes rasch nötige Massnahme verzögern wird. Ob der «Konsument», hauptsächlich die Hausfrau, tatsächlich an diesen Reinigungsmitteln hängt, die pausenlos «reiner, weisser und noch weisser» waschen, müsste mindestens zuverlässig geklärt werden. Natürlich will niemand zurück ins Schmierseifen-Zeitalter, aber der heutige Waschmittelperfektionismus zulasten der Seen und Flüsse ist höchst fragwürdig. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn sich die Industrie, das heisst die Waschmittelfabrikannten, und die Bundesbehörden zu einer gemeinsamen, wirksamen Lösung zusammenraufen würden. Zur Ehrenrettung der Waschmittelproduzenten muss festgestellt werden, dass das Phosphatproblem nicht allein den «Weisswäschern» zuzuschreiben ist, sondern die Landwirtschaft durch ihre modernen Düngemethoden ebenso ihren Beitrag zur Gewässerbelastung leistet. Im Einzugsbereich von Seen hat man mit Aufklärungsschriften und Wegleitungen für den Gewässerschutz günstigere Dünge-

methoden propagiert. Ob diese sanfte Behandlung der Bauernschaft auf die Dauer genügt, ist zumindest fraglich. Wenn die Bundesbehörden das Phosphatproblem wirklich in den Griff bekommen wollen, müssen sie über kurz oder lang auch hier stärkere Saiten aufziehen.

Das Bundesamt für Umweltschutz hat kürzlich festgestellt, dass in den kommenden Jahren rund 100 Abwasserreinigungsanlagen mit der dritten Reinigungsstufe ausgerüstet werden müssen. Der bauliche Gewässerschutz ist also noch lange nicht abgeschlossen. Weitere Investitionen sind notwendig, was allerdings nicht nur Ausgaben verursacht, sondern auch Arbeitsplätze sichert oder neue schafft. Weil nun die Eidgenossenschaft in einer Finanzmiserie steckt – über 25 Mrd. Schulden –, wurden die Subventionen mit dem Sparpaket 1980 linear um 10 % gekürzt.

Wenn es nach dem Willen des Bundesrates geht, soll diese Reduktion nach 1986 verstärkt werden, statt 10 % weniger Bundesgelder pro Jahr für den Gewässerschutz künftig 15 % oder jährlich 23 Mio. Franken weniger. Dieser Vorschlag ist Bestandteil des Sparanschlussprogrammes 1983 und wird in den eidgenössischen Räten noch einiges zu reden geben. Die Notwendigkeit der Sparmassnahmen auf Bundesebene kann angesichts der unerfreulichen Haushaltslage nicht in Abrede gestellt werden. Wenn indes im Bereich des Gewässerschutzes die Kantone ihre finanzielle Mitwirkung nicht in dem Masse erhöhen, wie der Bund sein Engagement drosseln muss, kommt es zu einer Verzögerung, die mit Blick auf den Gewässerschutz und mithin auf die Trinkwasserversorgung zumindest unerfreulich, wenn nicht problematisch ist. ■

